Albrecht 1977

ULLSTEIN BILD

ZEITGESCHICHTE

## Dresden statt Jemen

Der Bundesnachrichtendienst (BND) gab bei der Fahndung nach Terroristen der Roten Armee Fraktion (RAF) mehrmals falsche Auskünfte. Das zeigen Dokumente, die die Bundesregierung auf Antrag des SPIEGEL freigegeben hat. Es geht um die zehn RAF-Aussteiger, die ab 1980 mit Hilfe der Stasi in der DDR untergetaucht waren, darunter Susanne Albrecht (mitverantwortlich für den Mord am Dresdner-Bank-Vorstand Jürgen Ponto 1977), Monika Helbing (beteiligt an der Entführung und Ermordung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer 1977) und Inge Viett (Mitentführerin des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975). Obwohl dem BND bereits Ende 1980 der Hinweis eines palästinensischen Top-Informanten auf die DDR vorgelegen hatte, führte der Dienst das ermittelnde Bundeskriminalamt (BKA) jahrelang in die Irre. Auf Anfragen des BKA, ob sich die Gesuchten in der DDR aufhielten, antwortete der BND, er habe „keine Erkenntnisse“ oder nannte falsche Aufenthaltsorte. Im Fall Albrecht meldete der BND sechsmal unter Berufung auf Informanten oder einen ausländischen Partnerdienst, die Gesuchte weile in Syrien, im Libanon oder Jemen. Auch Viett und Helbing waren dem Dienst zufolge im Nahen Osten; tatsächlich hielten sie sich in Dresden beziehungsweise Frankfurt (Oder) auf. Unklar ist, ob der BND das BKA belog oder ob es sich um eine interne Panne handelte.

AFGHANISTAN I

## Weniger Demokratie wagen

Die Bundesregierung zieht Lehren aus dem Afghanistan-Krieg: Bei Auslandseinsätzen soll es nicht mehr darum gehen, westliche Demokratievorstellungen zu exportieren. Das geht aus dem Entwurf von Leitlinien „für eine kohärente Politik gegenüber fragilen Staaten“ hervor, die das Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungsministerium gemeinsam erarbeiteten. Ein politisches System sei nur dann überlebensfähig, wenn es auf „lokalen Legitimitätsvorstellungen“ beruhe, heißt es in dem Papier. Daher müsse weitgehend an einheimische Traditionen und Institutionen angeknüpft werden, auch wenn diese nicht denen liberaler Demokratien entsprächen. Das neue Konzept befürwortet in Einzelfällen sogar die Zusammenarbeit mit korrupten oder gewalttätigen Eliten. Es liege in der Verantwortung der jeweiligen Länder, über ihre Führer und Autoritäten zu entscheiden; die Einflussmöglichkeiten von außen seien begrenzt. „Eine zu dominante Rolle der internationalen Gemeinschaft kann hier sogar schaden“, besagt der Leitlinien-Entwurf. Die Bundesregierung bekennt sich darin ausdrücklich zum Einsatz militärischer Mittel: „Die Erfahrung internationaler Friedenseinsätze lehrt, dass ein zu Beginn robustes Profil als Erfolgsfaktor gelten kann.“ Auslandseinsätze in den sogenannten fragilen Staaten sollen künftig von einer Task Force unter Führung des Auswärtigen Amts koordiniert werden.

Schulklasse, Bundeswehrsoldat in der afghanischen Provinz Kunduz

KAI PFAFFENBACH / REUTERS

AFGHANISTAN II

## Berlin soll zahlen

Die USA fordern von Deutschland einen höheren Beitrag zur Finanzierung der afghanischen Streitkräfte nach dem Abzug der Isaf-Kampftruppen Ende 2014. Intern rechnete die Bundesregierung bislang mit einer jährlichen Zahlung von höchstens 150 Millionen Euro für Ausbildung und Unterhalt der afghanischen Sicherheitskräfte. Die Vereinigten Staaten fordern von Berlin jedoch 190 Millionen Euro. Insgesamt soll die Finanzierung der einheimischen Sicherheitskräfte von 2015 bis 2025 rund 3,1 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Davon wollen die Amerikaner etwa die Hälfte übernehmen; nach ihrem Willen sollen die Nato-Partner und deren Isaf-Alliierte eine knappe Milliarde tragen. Auf dem sogenannten Jumbo-Treffen in Brüssel blieben die Zusagen jedoch weit unter dieser Summe. Die Bundesregierung rechnet daher damit, sich auf dem Nato-Gipfel in Chicago Mitte Mai zu höheren Zahlungen verpflichten zu müssen. „Eine Anpassung des bisher festgelegten Korridors von 100-150 Millionen Euro sollte einkalkuliert werden“, heißt es in einem vertraulichen Papier des Auswärtigen Amts.